

## BESCHLUSSVORLAGE



Vorlagen Nr: 10/0652/2018

Verantwortung: Kleiner, Benedikt

### Beratung und Beschlussfassung über die Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe für die ÖPNV Direktbeteiligung 2018

Beratungsfolge dieser Vorlage/Nr.	am	Öffentlichkeitsstatus	Ergebnis
Gemeinderat	12.12.2018	öffentlich	Entscheidung

#### Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Der Gemeinderat möge der überplanmäßigen Ausgabe für die ÖPNV Direktbeteiligung in Höhe von 70 615 € zustimmen

#### Finanzielle Auswirkungen:

ja <input checked="" type="checkbox"/> (dann bitte Tabelle ausfüllen) nein <input type="checkbox"/> (dann keine weiteren Eintragungen)			
Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch kommunalen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgerträge und Folgeinsparungen)
Haushaltsmittel stehen wie folgt zur Verfügung: (Invest.-Nr., Sachkonto, Produkt, Kostenstelle eintragen)  515 000€ HH Ansatz jeweils in 2017/2018 ÜPL von 70 615€ in 2018 notwendig, Deckung über allg. Finanzmittel 6-11-0			
Agenda	nein <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>	Handlungsfeld:	
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	nein <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>	Durchgeführt am	

#### Vermerk der Verwaltung:

Abstimmung	Ja:	Nein:	Enthaltung:
Sonstiges:			

### **Sachverhalt:**

Mit Rundverfügung vom 02.10.2017 wurden die bereits seit längerem angekündigten ÖPNV Betriebskosten für das Jahr 2016 ermittelt und auf die einzelnen Städte und Gemeinden aufgeteilt. Der Gemeinde Karlsbad wurde hier eine Zahlung in Höhe von 33.096,70 € für das Jahr 2016 in Rechnung gestellt.

Gleichzeitig wurden die Abschlagszahlungen für die einzelnen Städte und Gemeinden für das Jahr 2018 mitgeteilt. Insgesamt beläuft sich die Direktbeteiligung der Gemeinde hier auf 585.615 €.

Der Haushaltsansatz für 2017/2018 beläuft sich auf 515 000,-- €, Zahlungen in Höhe von 499.496,-- € wurden geleistet. Bei Zahlung der Nachforderung für das Jahr 2016 in Höhe von 33.097,-- € entstand ein überplanmäßiger Aufwand von 17.593,--€, der aus den Budgets des Hauptamts gedeckt werden musste. Im Budget 10-2140-3 Schülerbezogene Leistungen waren im Bereich Schülerbeförderung noch 50.670,-- € verfügbar, da durch einen günstigen Vertrag der Beförderung die Mittel nicht komplett ausgeschöpft werden mussten.

Bereits in der Beratung über diese Zahlungen wurde die Notwendigkeit einer überplanmäßigen Ausgabe für das Jahr 2018 angekündigt (Vorlage 10/0481/2017).

Die angeforderten Zahlungen für 2018 übersteigen den geplanten Ansatz von 515.000,-- € um 70.615,-- €. Diese Summe kann nicht aus den Budgets gedeckt werden, so dass hier auf allgemeine Finanzierungsmittel zurückgegriffen werden muss.

Bezüglich der Zugausfälle im Bereich der ÖPNV hat sich der Verwaltungsausschuss des Kreistages in seiner Sitzung am 6.12.2018 befasst und die AVG zur Stellungnahme und Auskunft aufgefordert. Die Vorlage des Ausschusses ist in Anlage beigefügt.

### **Anlagenverzeichnis:**